

Stellungnahme der **SPD-Landtagsfraktion Brandenburg** vom 25. Mai 2012
im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters
der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom
24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße
für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Konzeption „Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“. Die Potsdamer "Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert" ist ein einzigartiger authentischer Gedenk- und Erinnerungsort. Er steht gleichermaßen für die politische Verfolgung und Gewalt der beiden aufeinanderfolgenden, unterschiedlichen Diktaturen und der sowjetischen Besatzungszeit sowie für den demokratischen Aufbruch und für die Überwindung der SED-Diktatur in der friedlichen Revolution 1989/90.

Diese mehrfache Vergangenheit stellt ein Gedenkstättenkonzept vor große Herausforderungen. Denn es muss die einzelnen Phasen jeweils in angemessener Form berücksichtigen. Daher befürwortet die SPD-Landtagsfraktion Brandenburg den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, alle Facetten in die Gedenk-, Erinnerungs- und Bildungsarbeit einzubeziehen. Wir sehen die in der Konzeption formulierte Prämisse – „die NS-Verbrechen durch die Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen und des Unrechts in der DDR nicht zu relativieren, letztere jedoch mit Hinweis auf die Dimension der NS-Verbrechen auch nicht zu bagatellisieren“ – als unverzichtbare Bedingung, um den verschiedenen Vergangenheiten des Ortes gerecht zu werden.

Als Gedenk- und Erinnerungsort mit mehrfacher Vergangenheit scheint uns eine allzu starre Schwerpunktsetzung nicht angezeigt. Vielmehr bietet die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 die Möglichkeit, sowohl die Diktaturgeschichte des 20. Jahrhundert als auch die Überwindung der Diktatur zu dokumentieren. Gerade dadurch ist die Gedenkstätte Lindenstraße ein einmaliger Lernort für die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Dennoch wird jede Gewichtung – gleich mit welchem Schwerpunkt – nie gänzlich unumstritten sein. Hier muss mit Betroffenen, Zeitzeugen und Wissenschaftlern nach tragfähigen und möglichst von allen Beteiligten akzeptierten Lösungen gesucht werden.

Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 soll als herausragender Gedenk, Erinnerungs- und Lernort des Landes Brandenburg langfristig gesichert werden. Dazu soll die organisatorische und finanzielle Ausgestaltung der Gedenkstätte überarbeitet werden. Die SPD-Landtagsfraktion sprach sich bereits im letzten Jahr dafür aus, die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 aus dem Potsdam-Museum herauszulösen und in der Rechtsform einer unselbständigen kommunalen Stiftung oder vergleichbaren Form zu organisieren. Auf dieser Basis sollte die anteilige Förderung des Landes analog zu anderen Gedenkstätten mit überregionalem Auftrag ab 2013 verstetigt werden. Insofern befürwortet die Fraktion das von der Landeshauptstadt präferierte Stiftungsmodell für eine organisatorische und finanzielle Neugestaltung der Gedenkstätte.

Die in der Konzeption formulierten Aufgaben, Ziele und Prämissen bedürfen zur erfolgreichen Umsetzung einer breiten Akzeptanz. Daher ist es richtig, dass auch der wissenschaftliche Beirat diese Vielfalt widerspiegelt. Nur so kann die organisatorische Neuausrichtung der Gedenkstätte gelingen. Die SPD-Landtagsfraktion wird diesen Diskussionsprozess gern mit begleiten.